



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/10 - 13.1.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Rentenerhöhung und Konsumbrot	S.1
Die neue politische Konstellation in Frankreich	S.3
Zur Ernennung Conants	S.4

Die Ärmsten werden davon betroffen

H.S. Als der Bundestag in Vorweihnachtsstimmung eine geringe Erhöhung der Sozialrenten beschloß, waren die Abgeordneten einhellig der Meinung, daß eine echte Erhöhung dieser Renten in Anbetracht der gestiegenen Lebenshaltungskosten erforderlich sei. Wenn jetzt von der Bundesregierung vorgeschlagen wird, die Mehrausgaben für die Erhöhung der Sozialrenten haushaltmäßig durch den Fortfall der Brotverbilligung abzudecken, dann nimmt die Bundesregierung praktisch den Sozialrentnern durch den erhöhten Brotpreis mit der rechten Hand, was sie ihnen mit der linken Hand zu geben versprach. Darüber hinaus aber werden durch den erhöhten Brotpreis die Lebenshaltungskosten auch für Millionen von Erwerbslosen, Kriegsbeschädigten, Wohlfahrts- und Unterhaltsempfängern und für viele schlechtbezahlte Erwerbstätige verteuert, die eine entsprechende Erhöhung ihrer Bezüge oder ihres Einkommens nicht erhalten haben. Der gute Wille des Bundestages würde also in das genaue Gegenteil verkehrt werden.

Zur Zeit beträgt der Preis für das handelsübliche 3-Pfund-Brot im Bundesdurchschnitt 98 DPfg. Das in seiner Qualität ausgezeichnete Konsumbrot im gleichen Gewicht kann für 72 DPfg. verkauft werden. Nach Meldungen aus Niedersachsen beträgt der Umsatz an Konsumbrot durchschnittlich 60 Prozent des Brotverbrauches, in den Städten rund 85 Prozent. Die Bundesregierung wird im laufenden Haushaltsjahr etwa 320 Mio M für die Verbilligung

des Konsumbrottes ausgeben müssen. Sie plant den Abbau dieser Verbilligung, um mit der Freigabe des Brotpreises die Phrase von der "sozialen" Marktwirtschaft auch des letzten Restes von Berechtigung zu entkleiden.

Der Brotverbrauch beträgt in den sozial schwachen Schichten des Bundesgebietes etwa 100 kg pro Kopf. Die Ausgaben für den Brotkauf würden also bei Fortfall der Verbilligung für eine dreiköpfige Familie jährlich um mindestens 54 M oder pro Monat um 4,50 M steigen, wenn damit zu rechnen wäre, daß der Brotpreis sich auf die Dauer auf dem jetzigen Stand von 66 Dpfg. pro kg halten wird. Das ist aber nicht der Fall. Seit langen laufen Beschwerden des Bäckerhandwerks über die zu geringe Backspanne. Diese Beschwerden sind bislang nicht zum Zuge gekommen, weil die Verbilligung des Konsumbrottes einen noch größeren Abstand zwischen den beiden Brotpreisen nicht erlaubte und am Konsumbrot - auf legale und illegale Weise - nicht gerade schlecht verdient wird. Auf jeden Fall aber wird die Beseitigung der Brotverbilligung den Sozialrentnern die zgedachte Rentenerhöhung sofort im vollen Umfang wieder wegnehmen. Darüber hinaus haben alle anderen - nicht mit einer entsprechenden Erhöhung ihrer Bezüge bedachten sozial schwachen Schichten mit einer erheblichen und unverantwortlichen Verschlechterung ihres Lebensstandards zu rechnen.

An dieser Beurteilung ändert sich auch nichts dadurch, daß man auf die Schönheitsfehler bei der Durchführung der Brotverbilligung hinweist. Alle Vorschläge, die auf die Ablösung der heutigen Regelung durch Einführung von Verbilligungsscheinen abzielten, fanden mit Recht Ablehnung, weil sie einen hohen Aufwand an Verwaltungskosten erfordern und weite Schichten unseres Volkes in die Rolle von Almosenempfängern drängen würden. Auch der vielzitierte Millionär kann Konsumbrot kaufen. Das ist bestimmt ein Schönheitsfehler. Aber er kann ja auch Kriegsbeschädigtenrente beziehen, ohne daß deswegen bei der Zahlung dieser Rente die allgemeine Bedürftigkeitsprüfung gefordert würde.

Schließlich wird kritisch vermerkt, daß das heutige System der Brotverbilligung gewinnsüchtigen Bäckern unzulässige Überverdienste ermöglichen. In der Tat gab es bei Prüfungen, die vor einem Jahr in Niedersachsen durchgeführt wurden, erhebliche Beanstandungen. Hier kann eine straffere Kontrolle Abhilfe schaffen, die aber gerade von den Koalitionsparteien als unverträglich mit der Marktwirtschaft abgelehnt wird.

René Mayer im Schatten de Gaulles

G.S.-Paris, Mitte Januar

In Frankreich ist man darauf bedacht, die Bedeutung, die dem Abgang Schumans beizumessen ist, abzuschwächen. Doch müßte man naiv sein, wollte man annehmen, daß Bidault ganz einfach die Politik Schumans fortsetzen wird. Faktisch hat Bidault den Gaullisten nichts zu verweigern. Die Gaullisten haben nie ein Geheimnis daraus gemacht, daß sie gegen die "europäische Politik" Schumans, daß sie für eine einseitige Regelung der Saarfrage und für eine Politik der "nationalen Souveränität", gekoppelt mit einer Bündnispolitik zwischen souveränen Staaten, eintreten.

Robert Schuman selbst hat kaum verborgen, daß sein Abgang eine Änderung der französischen Außenpolitik, soweit Europa in Frage steht, zur Folge haben wird. In der Sitzung der volksrepublikanischen Fraktion, die der Bildung der neuen französischen Regierung vorausging, erklärte er, daß die "Mehrheit" des Parlaments ihm ungünstig gesinnt sei. Diese Mehrheit, die eine eindeutige Rechtsmehrheit ist, wird das "nationale" französische Interesse mehr und mehr in den Vordergrund stellen. Was die neue französische Regierung weiterhin auszeichnet, ist die Tatsache, daß es keine Rechtsopposition mehr gibt. Die gaullistischen Dissidenten sind in der Regierung vertreten, und die Gaullisten selbst haben jetzt eine so starke Position, daß René Mayer ihr Gefangener ist. Nur die Sozialisten und Kommunisten befinden sich in der Opposition.

Eine neue politische Konstellation ist in Frankreich geschaffen worden: Die katholischen Volksrepublikaner haben die Sozialisten in der Opposition belassen und sich endgültig dem Rechtsblock verschrieben. Die gewerkschaftlichen Elemente innerhalb der Volksrepublikanischen Bewegung haben eine Niederlage erlitten, die umso schwerer ist, als sie zur neuen Konstellation durch ihr Schweigen wesentlich beigetragen haben.

Allein die Ersetzung Schumans durch Bidault beweist, daß sich die gegenwärtige Regierung von dem Kabinett Pinays wesentlich unterscheidet. Doch hat René Mayer, dessen enge Beziehungen zur französischen Industrie und Finanz kein Geheimnis sind, ein weiteres getan: André Boutemy, ein ehemaliger Präfekt der Vichyregierung und gegenwärtig einer der einflußreichsten Berater des Verbandes der französischen Industriellen, wurde zum Minister ernannt, zwar nur zum Gesundheitsminister, doch beweist seine Anwesenheit in der Regierung, daß der neue "soziale Kurs" eindeutig festgelegt ist ...

Kein Zweifel, die Regierung Mayer ist die reaktionärste, die Frankreich bisher besessen hat. Die Frage bleibt, ob de Gaulle selbst die Politik seiner Parlamentsfraktion billigen wird. Der General hat sich bisher in Schweigen gehüllt, obwohl seine Unterführer mit einem Schlag den Eintritt ins "System" vollzogen haben und sich darauf vorbereiten, bei der nächsten Gelegenheit selbst in die Regierung einzutreten. Es wäre vermessen, wollte man behaupten, daß die gegenwärtige Regierung länger währen wird als ihre Vorgängerin. Die Gaullisten werden sich an das "System" gewöhnen und ihr Appetit wird sich mit der Zeit vergrößern. Sie werden bald eine Umbildung der Regierung in einem, ihnen mehr genehmen Sinne fordern. Die Volksrepublikaner ihrerseits werden vielleicht nach einiger Zeit feststellen, daß die Gaullisten weniger angenehme Regierungspartner sind als es gegenwärtig den Anschein hat. - Außerdem finden im März die Gemeindewahlen in Frankreich statt, und es wird sich dann ergeben, daß Bündnisse innerhalb der Regierung nicht immer mit den Wahlbündnissen übereinstimmen.

Ein neues Amerika kommt der Bundesrepublik entgegen

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

James B. Conant ist nicht der erste Amerikaner aus dem akademischen Leben, der die Vereinigten Staaten in Deutschland vertritt. Sowohl in der Hitler-Zeit als in der Weimarer Republik waren amerikanische Professoren als Botschafter auf deutschem Boden. Aber vermutlich wird er sie alle an Bedeutung übertreffen. Es liegt in der Entwicklung der Vereinigten Staaten seit 1933, sowie in dem Tätigkeitsbereich des kommenden Botschafters während dieser zwanzig Jahre, daß man mit seinem Amtsantritt weittragende und neuartige Vorstellungen verbinden kann.

Akademisch verkörpert er eine Tradition der Gelehrsamkeit und der freien Forschung, die bis hinter die Errichtung der Vereinigten Staaten und bis auf die Gründung der Harvard-Universität im Jahre 1638 zurückgeht. In Methoden und Zielsetzungen ist diese Tradition eng mit dem Universitätsleben Deutschlands verbunden. Auch Conant kam in den zwanziger Jahren zu Studienzwecken nach Deutschland. Der Einfluß deutscher Gelehrter und deutscher Wissenschaft ist in Harvard seit hundert Jahren besonders hervorgetreten, und hat auch durch zwei Weltkriege nicht gelitten. Gerade bei den Beratungen über neue Wege in der Forschung und in der Lehrtätigkeit an der Harvard-Universität nach dem letzten Kriege sind auch deutsche Erfahrungen mit in Betracht gezogen worden, so daß schon von seinem eigentlichen Gebiet her Conant das Bewußtsein des deutschen Anteils an der westlichen Kultur mitbringen wird.

Er wird aber auch ein neues und erweitertes Selbstbewußtsein des amerikanischen Akademikers, wie es seit der Amtszeit Roosevelts, 1933-1945, selbstverständlich geworden ist, mit in seine offizielle Stellung bringen. Es ist aber nicht nur dieses besondere Selbstbewußtsein einer Persönlichkeit, die über einen Komplex von Forschungs- und Lehrinstituten mit einem Dollarvermögen von hundertfünfzig Millionen und fast zweitausend Mitarbeitern regiert, und schon als solche hochpolitisch erzogen und erfahren ist. Vielmehr handelt es sich auch um eine der Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, wie sie seit Roosevelt immer mehr zur Bearbeitung öffentlicher und auswärtiger Angelegenheiten besonders von den Universitäten herangezogen worden. Seine Ernennung beweist, daß Präsident Eisenhower eben dieses neue Amerika in seiner Kontinuität

und in seinen geistigen Kraftquellen für das öffentliche Leben bewahren will, und daß er nichts von den engstirnigen Angriffen auf die angebliche "Professorenwirtschaft" seiner Vorgänger hält.

Praktischen Notwendigkeiten kommt seine Ernennung dadurch entgegen, daß Conant die Strukturprobleme der Nachkriegswelt nicht nur von seinem eigenen, naturwissenschaftlichen Gebiet her kennt, sondern auch als Vorsitzender des Forschungsausschusses für Landesverteidigung und Berater der Atomenergiekommission im weitesten Sinne mit den Weltproblemen und der Weltverantwortung Amerikas vertraut ist. Er wird selbstverständlich vor allem Sprecher der offiziellen Politik der Vereinigten Staaten sein müssen, aber gleichzeitig als selbständige geistige Gestalt die Erfahrungen und Lehren, die er persönlich in der Bundesrepublik sammelt, mit Kraft und Überzeugung und ohne Rücksicht auf seine Karriere zu Hause vertreten können.

+ + +

Ein Leben im Dienste der Sozialdemokratie

(sp) Am 13. Januar vollendete in Fürth Bartholomäus Helmschmid sein 90. Lebensjahr. 1863 in Eichstätt geboren, kam er im Jahre 1879 nach Fürth, Not und Sorge haben ihn schon in frühester Jugend nicht verschont. Am 1. Dezember 1881 wurde er Mitglied des Wahlvereins zur Erzielung volkstümlicher Wahlen. Dieser Wahlverein war während der Zeit des Sozialistengesetzes die Tarnorganisation für die Sozialdemokratie.

Mehr als 70 Jahre gehört Helmschmid bereits zur Sozialdemokratie. Noch heute nimmt er vollen Anteil am politischen Geschehen. Nicht nur an Lebensjahren, sondern auch nach seiner Mitgliedschaft ist er der älteste Sozialdemokrat in der Bundesrepublik. Er erlebte Versammlungen mit den prominentesten Vertretern der Sozialdemokratie von August Bebel bis zu Erich Ollenhauer. So saß er auch in der drangvollen Enge des Geismannsaales, als Kurt Schumacher 1951 zum letzten Male in Fürth sprach, genau so wie in mancher stürmischen Versammlung in den Anfangsjahren der Sozialdemokratischen Partei.

Seine Freunde sehen mit Stolz auf ihren alten Kampfgefährten. Sein Lebensweg ist ihnen Verpflichtung.

+ + +